

Pressemitteilung

München, 26.11.03

Forum Bildungspolitik fordert verfasste Elternschaft in Bayern 27 Organisationen richten Petition an Bayerischen Landtag

München - Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte von Eltern schulpflichtiger Kinder in Bayern. „In allen Bundesländern gibt es eine verfasste Elternschaft auf Landesebene, demokratisch gewählt und vom Land finanziert. Nur in Bayern nicht. Bei den Mitwirkungsrechten für Eltern ist Bayern Entwicklungsland. Wir fordern deshalb eine verfasste Elternschaft auch in Bayern. Der Gesetzgeber muss hierfür die gesetzlichen Grundlagen schaffen“, forderte der Sprecher des Forums, Albin Dannhäuser. Bei den bayerischen Grund- und Hauptschulen reicht die Elternvertretung bislang nur bis zur kommunalen Ebene, nämlich bis zum gemeinsamen Elternbeirat. An Realschulen und Gymnasien ist die Mitwirkung der Eltern sogar lediglich auf die einzelne Schule beschränkt.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* hat deshalb beim Bayerischen Landtag eine Petition eingereicht. Im Mittelpunkt steht die Forderung nach einer demokratisch gewählten und gesetzlich geregelten Elternvertretung, die alle Schularten gleichberechtigt vertritt. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert weiter, dass hierfür die nötigen finanziellen Mittel vom Freistaat Bayern bereitzustellen sind. Bei der Erstellung der gesetzlichen Grundlagen der Elternvertretung müssen die bestehenden Elternverbände beteiligt werden.

„Wenn Eltern bereit sein sollen, sich über den privaten Bereich hinaus für Bildung und Erziehung einzusetzen, so wird man ihnen den Weg dorthin ebnen müssen. Wer Aufgaben

übernehmen soll, muss mitreden und mitentscheiden dürfen - eine Selbstverständlichkeit in einer Demokratie. Dieses Recht darf Eltern nicht länger vorenthalten werden“, forderte Dannhäuser, der zugleich Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) ist.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* weist in seiner Petition ausdrücklich darauf hin, dass auch das Bundesverfassungsgericht eine angemessene Einbeziehung der Eltern in die Schule gefordert hat. Selbst das Bayerische Innenministerium hat bereits 1994 festgestellt, dass die Mitwirkung der Eltern auf schulischer und überschulischer Ebene „geboten, wünschenswert und notwendig“ ist.

Die Elternverbände, die in Bayern als eingetragene Vereine Elternrechte vertreten, dürfen bislang nur Anträge ans Kultusministerium stellen, sich bei Anhörungen zu Wort melden und an Sitzungen des Landesschulbeirats teilnehmen. „Ein wirkliches Mitbestimmungsrecht haben sie nicht“, stellte Dannhäuser fest.

Dem *Forum Bildungspolitik in Bayern* gehören 27 Elternvereinigungen, Lehrerverbände, Schülervvertretungen, Jugendverbände und andere bildungspolitisch tätige Vereine und Organisationen an. Mehr Infos unter www.forum-bildungspolitik.de. Unter „Positionen“ ist der Text der Petition abrufbar.